

Diese Zeitung wird nicht von der Post als Zeitung anerkannt.
Wer das Material durch die Post liefern lässt, bezahlt 1,- für den Zettler und 1,- für den Umschlag, so dass insgesamt 2,- zu entrichten sind.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Brey.
Druck von C. H. S. Meissner & So., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.
Redaktionsschicht: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Münzstraße 5, 3. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Zür die Ausbreitung des Verbandes zu wirken, ist die erste Pflicht eines organisierten Arbeiters!

Recht auf Arbeit.

Unsre vielerjährige Gesellschaftsordnung kennt keinen Rechtsanspruch auf Arbeit, daher auch keine Garantie auf Existenz aus dieser Quelle. Wir kennen den funktionslosen Zustand, daß Tausende Arbeitskräfte wider Willen drangliegen, Produktionswerke außer Betrieb gestellt werden, Rohmaterial unverarbeitet bleibt, während gleichzeitig die an Arbeit und Gewerb verhinderten Menschen in Not und Elend verkommen. Die Gesellschaft weigert sich, solchen Zuständen ein Ende zu machen! Endgültig hat sie sich dazu herbeigeflossen, Armenunterstützung zu gewähren, statt durch die arbeitsfähigen Menschen die Güter mehrere zu lassen.

Ganz allmählich kommt man nun dazu, wenigstens in gewissem Umfang für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die als überzählig auf die Straße geworfen werden, Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Diese Art Arbeitslosenfürsorge von Gemeindeverwaltungen betrieben, hat aber einen nur sehr begrenzten Wert, da sie eigentlich nur eine etwas bessere Verteilung der Arbeitssumme herbeiführt. Die Ursachen der periodisch wiederkehrenden Arbeitslosigkeit verhindern solche Maßnahmen nicht, die treibenden Kräfte sind in der kapitalistischen Tendenz unsrer Wirtschaftsordnung begründet. Das Kapital beherrscht die Gütererzeugung; es läßt nicht produzieren, um Bedürfnisse zu befriedigen, sondern lediglich des Gewinns wegen. Sieht das Kapital keinen Mehrwert garantiert, unterteilt die Warenherstellung, wenigstens von einer Befriedigung der Bedürfnisse, gar nicht geredet werden kann.

Noch nie hatten alle Menschen eine austreichende Wohnung, trotzdem läßt die Gesellschaft stets ein Heer Bauarbeiter unbeschäftigt; noch nie waren alle Menschen mit hinreichender Kleidung versehen, und doch müssen wir erleben, daß ständig eine große Zahl von Webern, Spinnern, Schneidern, Schuhmachern usw. ihre Arbeitssatz nicht verwenden kann, die Fabriken und Maschinen stillstehen. Und dieser Zustand wird sogar noch als vernünftig, als gottgewollt gepriesen. In Wirklichkeit ist er widerständig und bekämpfenswert.

Wir haben Gesetze, die die Erhaltung großer Landgüter sichern; wir haben ein Gesetz, das verhindern soll, daß finstine Verzweiger, die vorstellig wären, in der Wohl der Eltern, am werden, indem ihnen das Gericht einen Verwalter bestellt; wir machen Gesetze zur Erhaltung landschaftlicher Schönheiten — Verbot der Aufstellung von Plakatschildern usw. an bestimmten Orten —, aber Gesetze zum Schutz der Arbeitskraft kennen wir kaum. Der tolle Raubbau der Arbeitskraft ist gestattet; an ein Gesetz, daß die Stilllegung von Maschinen, die Einführung der Gütererzeugung — wegen Mangels an Aufträgen oder um die Preise hinaufzuschrauben zu können — oder um die Arbeiter firre zu machen. Auch das ist erlaubt!

In jedem Falle sehen wir Polizei, Gericht und die übrige Staatsmacht als Verbündete, als Dienstbefüllte des Kapitals. Ganz gleich, ob die Arbeiter für das Recht auf Arbeit oder gegen den Anspruch des Unternehmertums auf unbedingte Pflicht zur Arbeit, nach den vom Kapital diktatorisch bestimmten Bedingungen, kämpfen, immer haben sie gegen sich eine geschlossene Phalange von Gegnern. So sieht es mit der berühmten Harmonie der Interessen aus! Der Arbeiter soll sich bedingungslos fügen, oder er wird geächtet, verfolgt, mit der Hungerpeitsche mißhandelt.

Warum die Erhaltung des Widerstands? Es ist schon gesagt: diese Wirtschaftsordnung, die viele Tausende Proletarier veringt und mordet, ist die Grundlage der Herrschaft des Kapitals, ist das Instrument der Ausbeutung und Unterdrückung der großen Masse des Volkes. Und die Unterdrückung der Bevölkerung wird so lange erhalten bleiben, wie der unterdrückte und ausgebeutete Volksteil unvernünftig bleibt. Hat die Erkenntnis von dem bestehenden Widerstand die überwiegende Mehrheit erfaßt und bei ihr den Willen ausgelöst, eine Aenderung herbeizuführen, nichts kann sie daran hindern.

Doch die kleine, herrschende Gesellschaft, zu deren Vor teil die bestehenden Beziehungen erhalten werden sollen, aus dem benachteiligten Volksteil sich die Waffen schmiedet, mit denen sie die große Masse unter ihre Vorherrschaft zwingt, ist eben auch nur eine Folge der Unkenntnis, in der man das Volk erzogen hat und zu erhalten sucht. Ausklärung und Erkenntnis zerbrechen alle Waffen, alle Wachtmittel, die von der kapitalistischen Gesellschaft gegen das unterdrückte und ausgebeutete Volk angewendet werden können.

Ein Recht auf Arbeit kennt unsre Gesellschaftsordnung nicht, wohl aber hält sie die Pflicht zur Arbeit für selbstverständlich. Ja, dem Arbeiter, der es sich gefallen lassen muß, arbeitslos zu werden, wenn kapitalistisches Interesse solches heißtet, reicht man es zum Verbrechen an, wenn er frei über seine Arbeitskraft verfügt, die dem Unternehmer verweigert. Der unfreiwillig arbeitslos Gewordene, dem man den Gnadenbrotzeit einer Armenunterstützung hinwirft, soll dafür noch dankbar sein! Den Streiter aber betrachtet und ächtet die herrschende Gesellschaft als Feind.

Der Staat, der sich um die unfreiwilligen Arbeitslosen mit immer, sie höchstens mit Polizeiaufheben und bauen Vogel traktieren läßt, er markiert als Null des Kapitals

auf, um zu verhindern, daß Arbeiter freiwillig feiern, freitzen können. Die Polizei, die Rechtsprechung, ja selbst das Militär wird aufgedröhnt im Kampf für die Rechtsordnung, die darauf hinausläuft, den Arbeitern das Streiken unmöglich zu machen:

Wenn Unternehmer sich verbinden, um den Arbeitern die freiwillige Beschäftigungsfreiheit als Kampf- undVerteidigungsmittel durch Zwangsarbeitsnachweise zu wehren, und sie dabei auch noch das Staatsbürgerecht der Freiheit für ihre Lohnslaven in der Praxis bewußt ausschärfen, dann erklärt die Regierung das für unbedeutlich. Dagegen einzuschreiten lehnt man ab. Wenn aber Arbeiter einen Streikposten aussetzen, damit nicht durch Unkenntnis oder bösen Willen eigene Klassengenossen ihnen im Kampfe mit dem Kapital in den Rücken fallen, dann wird die bewaffnete Macht ausgehoben — zum Schutz der bedrohten Ordnung: damit keine Verlegerstörung entsteht, sagt die "objektivste" Behörde der Welt!

Umgekehrt sieht man wieder die Polizei in den Dienst der Arbeitsverhinderung sich stellen, wenn diese von den Unternehmern als Kampf- und Trümmittel gegen Arbeiter in Form von Aussperren ausgelobt wird. Hat man doch bei dem Mansfelder Streik erlebt, daß viele Hunderte von den Streikenden, die ausgewandert waren, anderweitig Arbeit angenommen hatten, die- und wehmütig unter die Fuchtel der traurig-berühmt gewordenen Mansfelder Gewerkschaft zurückkehrten mühten; auf Anordnung der Unternehmerorganisation gaben ihnen die neuen Arbeitgeber, die sie gefunden hatten, schmunzlig wieder den Laufpass. Kein Staatsanwalt, keine Regierung schreitet gegen solchen Unzug, gegen solche Veräußerklärung, gegen solche Behinderung an freiwilliger Arbeit ein!

Dem Arbeiter werden alle Gelegenheiten, auch die durch Staatsbürgerechte erlaubten Möglichkeiten, zu seinen Gunsten über seine Arbeitskraft zu verfügen, durch das Unternehmertum mit Hilfe der öffentlichen Macht beschnitten. Das ist erlaubt! Die Unternehmer dekretieren weiter, daß einzelne Arbeiter oder ganze Gruppen von der Beschäftigung ausgeschlossen werden, sie schließen die Fabriken aus Profitgründen — wegen Mangels an Aufträgen oder um die Preise hinaufzuschrauben zu können — oder um die Arbeiter firre zu machen. Auch das ist erlaubt!

In jedem Falle sehen wir Polizei, Gericht und die übrige Staatsmacht als Verbündete, als Dienstbefüllte des Kapitals. Ganz gleich, ob die Arbeiter für das Recht auf Arbeit oder gegen den Anspruch des Unternehmertums auf unbedingte Pflicht zur Arbeit, nach den vom Kapital diktatorisch bestimmten Bedingungen, kämpfen, immer haben sie gegen sich eine geschlossene Phalange von Gegnern. So sieht es mit der berühmten Harmonie der Interessen aus! Der Arbeiter soll sich bedingungslos fügen, oder er wird geächtet, verfolgt, mit der Hungerpeitsche mißhandelt.

Mit Gedauern, Jammern, Klagen und moralisierenden Lamentationen ist dagegen nichts zu machen, mit Füßen Duldern und Sichfügen sicher nicht. Je gerügiger der Arbeiter sich zeigt, um so mehr wird er unterdrückt und ausgenutzt. Er muß sich wehren, er muß kämpfen, seine Kräfte zusammenfassen, um dem Unternehmertum nicht nur Verleidigungsschlachten liefern zu können; er muß so stark, so kampffähiger sein, daß er durch Angriffe das Unternehmertum zwingen kann, mehr und mehr seinen berechtigten Ansprüchen entgegenzukommen. Nur zum, der Arbeiter muß sich das Recht auf Arbeit eringen, das muß er den feindlichen Gewalten abtragen, indem er sich die Anerkennung als gleichberechtigter Faktor bei Festlegung der Arbeitsbedingungen erkämpft! Das kann er naturgemäß nur durch eine starke, festgefügte, finanziell leistungsfähige Organisation.

Es fällt uns nicht bei, behaupten zu wollen, die Gesellschaft löse die Krisen ab. Das aber ist sicher: sie kann sie ganz bedeutend mildern, ihre Folgen abschwächen. Wenn durch planmäßige Regelung der Arbeitsverhältnisse der funktionslosen Raubbaupräsidium des makelosen Überreichs und Überkundenuniversitäts vorgehegt wird, dann verteilt sich die Summe der hergestellten Waren auf eine längere Zeugungszeit. Es wird nicht kurze Zeit ohne Ruhe und Kraft geschuftet, um dann plötzlich die Produktion ganz einzustellen oder erheblich zu beschleunigen. Und wenn in Verstärkung mit der Gewerkschaft bei Rückgang des Beschäftigungsgrades alle Arbeiter ziemlich gleichmäßig davon betroffen werden, dann haben wir, wenigstens nicht mehr das durch hohe Arbeitslosigkeit hervorgerufene Massenelend, und der jetzt von

den Arbeitslosen ausgehende Lohndruck wird erheblich gemildert.

Kein Zweifel: durch Ausbau und Stärkung ihrer Organisation können die Arbeiter sich ein Recht auf Arbeit in ziemlich großem Umfang erkämpfen, in wohltätiger Weise auf die Regelung der Produktion einwirken, der Anarchie am Arbeitsmarkt wirkungsvoll entgegentreten. Da eröffnen sich noch Aufgaben und Ziele, die wohl das Einsehen aller Kraft rechtfertigen, die der Besten, Tüchtigsten Energie fesseln können und sollen, zum Wohle der Gesamtheit!

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in Habelschwerdt.

Ein Glendekapitel aus Schlesien.

In Habelschwerdt, wo die Bündholzindustrie vorherrscht, war die Lage der Arbeiter seit jeher schlecht. Dort herrscht die Klerikalt umischrankt und die kapitalistische Ausbeutung kennt keine Grenzen; sie wurde durch nichts gestört, da dieses Gebiet den freien Gewerbschäften verschlossen blieb. Dagegen richteten sich die latolischen Facharbeiter dort wohlhabend ein. Von einer modernen Organisation wußten die Arbeiter nur das, was ihnen die Herren Geißler oder die Sekretäre der Fachabteilungen davon erzählten. Kein Wunder, daß die Arbeiter deshalb jeden Freiorganisierten als einen Religionsbekämpfer und gewalttätigen Menschen, der zu jeder Schlechtigkeit fähig ist, betrachteten.

Erst vorigen Sommer, zur Zeit der Reichstagsdebatten über die Finanzreform, gelang es unserer Organisation, in die schwarze Festung einzubrechen. Es gelang uns nach großer Mühe, ein Wahl zu bekommen in welchem in kurzen Zwischenräumen drei Versammlungen abgehalten wurden. Hier wurde den Arbeitern zum erstenmal die Wahrheit über die Ziele der Gewerkschaften gezeigt. Als die Arbeiter hörten, welche Ziele der Fabrikarbeiterverband verfolgt, war ihr Vorurteil gegen denselben verworfen. Große Erstaunung griff Platz, als sie erfuhrn, wieviel Elend und Not ihnen die Bündholzleute bringen wird und daß gerade das Bentzum, dem die Facharbeiter angehören, für diese Steuer geblaut hat. Viele Arbeiter meldeten sofort ihren Austritt aus den katholischen Fachabteilungen, mancher geriet auf der Stelle das Mitgliedsbuch. Die Bündholzproletarier sahen auch ein, welch großen Fehler sie begingen, als sie bei der letzten Wahl dem steinreichen Reichsgrafen von Oppersdorff durch ihre Stimme zum Siege verhalfen. Die Unzufriedenheit und Empörung war groß, und die Führer der Fachabteilungen rüttelten daher mit Recht, daß sie ihre Schäfchen vollends verloren, wenn sich erst die Wirkung der Bündholzleute bemerkbar machen würde. Anderseits fürchteten auch die Unternehmer, daß, wenn sich die Arbeiter erst organisierten, sie dann nie und nimmer mehr für solche Hungerelender arbeiten würden wie bisher.

Facharbeiter, Unternehmer und Behörden verbanden sich deshalb zu einem Felddzug gegen uns, um uns mundtot zu machen, noch ehe sich die Wirkung der Bündholzsteuer bemerkbar machte. Durch schändlichen Terrorismus gelang es diesem edlen Fleckblatt auch, uns das Wahl abzuziehen. Und nun sind die Herren wieder unter sich; kein "Heger" stört ihre idyllische Ruhe. Die schwarzen Bolzverdiener brauchen um den Verlust ihrer Schäfchen nicht zu bangen, und die Unternehmer können in ihrer grauenhaften Ausbeutung und Schikanierung der Arbeiter ungestrickt fortfahren.

Entsetzt ist aber die Not der Arbeiter. Schon früher haben wir im "Proletarier" ausgeführt, daß schon vor Inkrafttreten der Bündholzsteuer die Lage der dortigen Arbeiter trostlos war, da die Stundolöhne für Männer 16—18 Pf. und die für Frauen 10—12 Pf. betragen. Nun arbeiten die Leute seit wenigen nur 3, 3½ oder höchstens 4 Tage in der Woche. Demnach ist der Wochenverdienst der Männer 4,80—8,00 Mk., der der Frauen 3—4 Mk. Die Altmodarbeiter sind mitunter noch schlimmer dran. In der "Union" verdiente ein in Akkord beschäftigter Arbeiter während des ganzen Tages — 56 Pf.

Doch bei einem derartigen Verdienst die Not der Arbeiter gar nicht zu beschreiben ist, ist ohne weiteres klar. Ein trostloser Anblick bot sich dem Schreiber dieses, als er einige Arbeiter in ihren Wohnungen beobachtete. Die meisten Arbeiter bezahlen nur ein kleines Zimmer, welches als Küche, Wohn- und Schlafraum dient. Da für Feuerung kein Geld vorhanden ist, so werden die dumpfen Räume den ganzen Winter nicht gefüllt. Das und Mitteld, aber bitterer Hass zumelst, empfindet man, wenn man in diesen ungefunden, latten Räumen die kleinen Kinder, höchstwahig und mit därfigen, zerissen Kleidern ihre abgemagerten Glieder bedekt, hantet sieht.

Geradezu staunen muß man, daß angeblich solcher Verhältnisse, welche von der Bentzumspartei mit herbeigeführt wurden, die Sekretäre der Facharbeiter und der christlichen Gewerkschaften noch den trauten. Nur haben im Lande umherztreiben, in den Versammlungen den Steueraub zu seinen Folgen zu verteidigen und gegen die sozialdemokratischen "Steuereiger" zu schimpfen.

Blamhaft wurde bei der Beratung der Bündholzleute von den Sozialdemokraten ein Antrag auf Entschuldigung des trostlos gewordenen Bündholzarbeiters gestellt, aber von Konseriativen und Zentrum abgelehnt. Da in der Bündholz-Industrie immer noch kein Tag auf einen besseren Gewinnsgang vorhanden ist, wollten auch die Arbeiter mit einer Petition um Unterstützung an den Reichstag wenden. Die Gewerkschaftleitung versuchte, wenigstens zu diesem Zweck einen Versammlungssaal zu bekommen. Doch als Hinweise darauf, daß in der Versammlung nichts weiter als der Zweck der Petition beprochen und unterschrieben gesammelt werden sollte, nutzten nichts. Kein Wort fand den Mund, kein Batail herzugeben; die Angst vor dem Terroris-

Anzeigenkredit:
Arbeitsvermittlungs- und
Bahnstellen-Anzeigen die
3 gespalten Kolonial-Zeile
50 B.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

noch nicht mit der entsprechenden Fertigstellung des Betriebes fertig geworden waren. Die preiswerten, märrigen und leicht verarbeitbaren, aber schlechten Leistungsfähigkeit und die geringen Volumenfertigkeiten der ersten Fabrikationsstufen ließen die kleinen Betriebe, die aus einer nicht unbedeutenden Kapitalsumme keinen Nutzen herausholen konnten, aufzugeben. Sie mussten sich auf kleinere Betriebe und Abteilungen beschränken. Die Konkurrenz kam von den großen, mit ungeeigneten Städten ausgestatteten und leicht produzierbaren Zellulosefabriken zu konkurrieren. Heilig blieb nur die spätere Handelsabteilung zunächst, die, obwohl mit allen modernen Methoden ausgestattet, jedoch auf die Verarbeitung der Importe aus der eigenen Fabrik herangewachsene Kaufleute zurückfielen. Ein Großteil ihrer modernen Maschinen, infolge der ganzen Art ihrer Anlage der Konkurrenz nicht gewachsen ist.

Dazu kommt noch ein weiterer, nicht unbedeutlicher Umstand, der die Rentabilität stark beeinträchtigt und nur durch die ungünstigen, aus vorliegenden Erfahrungen erklärlichen Steuergründungen entstanden ist. Wir haben, daß diese Steuergründungen von Papierfabriken nicht beim gesteigerten Papierverbrauch angegriffen wurden, sondern den verfehlten Anlagen von Cellulosefabriken zugutegehen sind. Die Initiative hierzu gaben offenkundig die auf dem Papiermarkt wettstreitenden Maschinenfabrikanten. Wie Lehrreiches Schulbeispiel verwiesen wir nur auf die Entstehungsgegenstände der Papierfabrik Heiligenau.

Durch die Überfüllung des Marktes waren, um die Papiermaschinen beschäftigen zu können, Preisunterbietungen an der Tagessordnung. Die von vornherein laborierten neuen Fabriken hatten selbstverständlich darunter größere Verluste zu erleiden, als alte, längst abgeschriebene Fabriken und solche Fabriken, die, auf dem Markt gut eingeführt, schwer erzielbare Spezialerzeugnisse herstellen. Daraus ist es mit eindrücklich, daß die Rentabilität der verschiedenen Fabriken so große Differenzen aufweist.

Die eben geschilderten Umstände trifft aber auch mit das
Beschuldigen, daß innerhalb der deutschen Papierfabrikation
die Spezialisierung der einzelnen Papierarten noch so wenig
durchgeführt ist. Wir sehen große Papierfabriken, die da
glauben, von einem Artikel zum andern umspringen zu sollen,
je nügdem gerade aus den Kreisen ihrer Rundschau irgend-
eine Nachfrage erfolgt. In ein und derselben Fabrik wird,
ohne Rücksicht auf ihre innere Einrichtung, neben Druckpapier
auch Schreibpapier fabriziert. Und nicht genug damit,
hinter- und nebeneinander soll laufen Druck-, Schreib-
Pap., Seiden-, Lösch- und Kartonpapier, dünn und dick,
wie's gerade trifft! Wer das nicht glaubt, nehme ein Fach-
blatt zur Hand und lese die Angebote der Fabriken. Sof-
halb wird er sich überzeugen müssen, wie vielseitig die
Fabriken in der Herstellung der mannigfaltigsten Papierarten
sind. Sehr zum Schaden des gesamten Industriezweiges.
Arbeitsteilung ist hier sehr vonnöten. Je eingehender
eine Papiermaschine auf eine bestimmte, in Stoff und Gewicht
gleichartige Papierart fixiert ist, desto rentabler ist ihr Betrieb.
Die Arbeit der Wahlwerzeuge ist rationeller unter den gleichen
Voraussetzungen. Dasselbe gilt von den Bedienungsma-
nnschaften. Spezialisierung auf bestimmte Papierarten sollte
die Mächtigkeit für jede einzelne großzügig geleitete Papier-
fabrik sein.

Wir müssen allen diesen Erscheinungen auch unsre Aufmerksamkeit widmen, denn die mit bescheidenem oder gar keinem Nutzen, oder mit Unterbilanz arbeitenden Fabriken sind die Hemmschuhe einer gesunden Vorwärtsbewegung. Sie sind die Preisdrücker, Lohndrücker, direkten und indirekten Ursachen des unnatürlichen Ausbeutung der in der Industrie beschäftigten Arbeiter. Die mit gutem Gewinn arbeitenden Fabriken beweisen bei jeder Forderung auf Besserstellung der Lage ihrer Arbeiter auf die ungünstigen Ergebnisse jener Hemmschuhe. Die Vertreter der Arbeiterschaft müssen demgegenüber die Ursachen jener unglücklichen Ergebnisse klarzulegen versuchen und damit allen Aussichtsversuchen die Spige abbrechen. Die günstigen Ergebnisse vieler Papierfabriken haben diese in erster Linie mit zu danken dem umstüttigen, bis in die kleinsten Einzelheiten sachkundigen Arbeitspersonal. Den wohlverdienten Lohn hierfür darf sich dasselbe aber nicht vorenthalten lassen deshalb, weil profitierige Kapitalisten sich in Folge ihrer Sachkenntnis gründlich verteidigen und Werke schaffen, deren Zusammenbruch von vornherein jedem Sachkenner klar war.

5.

+ Neu-Ulm. Die Betriebsleitung der Papierfabrik Mengen im Allgemein ist schlecht auf den Verband zu sprechen. Weil sie aber trügerisch gegen die organisierten Kollegen nicht vorzubringen hat, kommt ihr der Dumme-Jungenstreich, den irgend ein geistig armer Mensch fürstlich verübt hat, just recht, um gegen den Verband ausgespielt zu werden. Von unbekannter Hand wurden nämlich im Betriebe Zettel angelebt, die Beschimpfungen gegen die Beamten und den Direktor enthielten. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein **organisiertes** Arbeiter verlei unfinnige, verweisliche Handdat nicht macht, der macht seine Vorwerke durch seine Organisation geltend und nicht durch Schändlichkeiten. Die Direktion scheint anderer Meinung zu sein; sie stellte mit dem Bertramspmann ein Kreuzverhör an, indem er „gesiehen“ sollte, was er weder getan hat, noch billigt. Der Kollege nahm dann die Entlastung, weil er nicht gewillt ist, sich die Verantwortung aufzudrücken zu lassen für die Handlungen von Menschen, die dem Verband früher fernstehen. Hoffentlich gelingt es noch, den Feigling zu ermitteln, kann die Direktion sieht, wer hier solch heimtückische Handlungen zu sichulden kommen läßt.

Wiesen Betriebe außerordentlich ausbeutterungsbedingt sind. Holländische Arbeiter verdienst ganze 28 Pfennige, Maschinengesellen 25—27 Pf. und Arbeiterinnen 13—15 Pf. pro Stunde. Der folgenden Tabelle erläutert sich die Feindschaft gegen den Verband. Wiederholung wollen wir bei Herrn Director erluchen, etwas mehr auf Erneuerung der Arbeitsaufschreiften zu achten. Wir danken darum, daß vom 16. September 1909 bis 24. Januar 1910 ein kaum 14 Jahre alter Meisterschüler ohne Arbeitssuch und obendrein 400 Stunden täglich beschäftigt wurde. Die Fabrikspolizei soll diesen abficht liegenden Betrieben etwas mehr Aufmerksamkeit zuwenden. Die Arbeiter und Arbeiterinnen aber sollten sich vorst und besonders dem Verbande anschließen, dann werden die Bedingungen im Betriebe schon besser werden.

Streits und Lohnbewegungen

— Streiss und Differenzen bestehen in: Augsburg (Kaffeehausfabrik), Berlin (Schallplattenfabrik), Leipzig (Chem. Betrieb), Salzwedel (Düngemittelfabrik), Weizheim (Lunmarktfabrik), Wiesbadener Straße (Gärtnerei), Wittenbergen (Fabrik).

Zugang nach den angeführten Seiten ist streng fernzuhalten.

... Siedler, Kötzing, Rennfahrer arbeitet. Hier kann man zuviel Druck auf die Leute ausüben. Gehen, Freizeit, Erholung, Freundschaften, Interessen zu Mitleben als Arbeit erachtet. Daraus - wie zwingend, denn z. B. fand eine Untersuchung in 16 Betrieben heraus, dass diese Verteilung der Arbeitszeit zwischen Arbeit und Ruhe keinen Nutzen und die im Beispiel erläuterten Ergebnisse von Otto Rostigten Zahlen bei Heimarbeit beweisen, dass natürlich jetzt beweist früher empfohlen werden, da man mit einem solchen Verhältnis nicht genug Arbeitszeit für Betriebsleitung, um guten Beziehungen zu haben und eine Motivierung in der Firma zu geben, es ist Durchschnitt allenfalls Frage kommen doch Gehaltsabstufung um 5-10% pro Gruppe geschriften werden sollte. Nun, der Organisationsleiter wurde darauf hingewiesen, daß es sich bei diesen Vorschlägen durchwegs um eine Gehaltssteigerung im Sinne des Statutums handelt, die im Falle der Pflichtentlastung ebenfalls durch Gehaltssteigerung erledigt werden kann, wenn dazu fehlten die statutarischen Regelungen, und bliebe folglich überlassen all denen, die mit einer kleinen Ebleitung nicht einverstanden wären, sich einfach offen, sich unverzüglich Arbeit zu suchen, ebenso wenig wie ...

und
gele
allen
der
Tea
erste
Dan
Mit
des
Aus
insta
guge
nun
besie
trat
gera
aud
54
traf
lose
an
gefis
Was
von
Steg
vert
liche
Ver
tral
lau
jed
die

ne über denen ein Vorwurf gemacht werden, welche trotz Ablehnung unter den alten Bedingungen weiter arbeiteten, da ja Gesichts eben alles endet, nur keine mit Nachdruck vertretene Forderung sei. Durch eine Kommission wurde der Versuch gemacht, der Firma die Fortsetzung zu unterbreiten, und zwar am Mittwoch früh. Der Geschäftsführer machte der Firmenleitung Mitteilung, diese aber lehnte den Empfang der Kommission ab. Man riefte seine Kollegen auf den nächsten Tag, wo Herr Griesede seine Zeit hätte und eventuell verhandeln würde, aber Herr Dr. hatte keine Zeit. Nun wurden schon am Donnerstag nach zweimaligem Appellieren der Arbeiterversammlung Stimmen laut, welche die Misere und Sichtachtung der Kommission schärfster beantworten wollten, aber nach lang es, alles wieder geschlossen in den Betrieb zu bringen. Die Kommission wurde nochmals dringend empfohlen, am Freitag unter allen Umständen eine Verhandlung mit der Firmenleitung zu versuchen, das geschah, aber wieder mit negativem Erfolg. Herr Griesede hatte wieder seine Zeit oder aber, es wollte eben nicht die Arbeiterversammlung empfangen. Dieses endlich brachte das volle Fahrt zum Scherzen, und so erklärten dann am Freitagmittag alle Kollegen einmütig, daß sie unter solchen Voraussetzungen nicht mehr die Arbeit ausnehmen würden. Nicht die Lohnfrage selbst stand jetzt an erster Stelle, sondern das geradezu unglaubliche Verhalten der Werksleitung gegenüber der Kommission. Mag ja sein, daß Herr Griesede sich noch immer in dem Wahnsinnsstand befand, die bei der Firma Beschäftigten ließen sich eben alles bieten, und je konsequenter er erklärte, mit der Vertretung nicht zu verhandeln, um so eher werde man insgesamt zu Kreuze kriechen! Diesmal hat er sich aber ganz gewaltig vertanzt. Den Standpunkt, den hierbei die Firmenleitung eingenommen, trifft man ja glücklicherweise außerhalb in Groß-Berlin in dieser Form an; diese Art von Unternehmern ist bei uns zu ihrem eigenen Vorteile aussterben begriffen, und unsere Kollegen werden dafür sorgen, daß auch die Firma Griesede sich noch belebt. Alle Kollegen der Kunstmärkte bitten wir, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß Zugang nach Berlin unterbleibt, und daß alle Arbeitsangebote von Berlin zurückgewiesen werden. Die Firma

Gefriede zahlt die schlechtesten Löhne in der Granitsteinbranche Berlins und Umgegend. Während beispielsweise bestmöglich bei Dörrmann ab Nr. 80 Pf. bei Chotzlow u. Nr. 58 Pf., bei Rossberg u. Nr. 3 Pf. pro Stunde gezahlt werden, gibt es bei Gefriede Löhne von 10 Pf. an aufwärts bis 55 Pf. Allerdings sind es nur 6 Männer, welche von ca. 60 Mann die 55 Pf. erhalten, alle andern haben Stundenlohn von unter 53 Pf. Nachtrag: Herr Gefriede hat sich verhandelt! Am Sonnabendmittag hat er telefonisch die Kommission lassen und erklärt, daß es keine Zulage geben kann, daß er aber bereit sei, nach der Beendigung der Bauarbeiterbewegung solches zu tun, wenn auch die andern Arbeitgeber Zulagen geben würden! Wenn die Arbeiter damit einverstanden wären, könnten sie am Montag wieder zur Arbeit kommen. Von unseren Kollegen ist dieser Vorschlag aber nicht anerkannt worden, sie haben beschlossen, daß sie, da sie nun einmal durch die Schuld des Herrn Gefriede erzögeln sind, auch in der Frage der Lohnverhöhung klar seien wollen.

— **Dresden.** Am 21. Februar sind unsere Kollegen in der Plaster-einfabrik Leibniz b. Dresden in den Streit eingetreten. Neben die höheren Ursachen sei folgendes mitgeteilt: Schon seit längerer Zeit versucht der neue Direktor Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis erledigen zu führen. Wiederholt mussten sich deshalb der Arbeiterausschuss sowie die Verbandsleitung ins Mittel schlagen. Neuerdings hat er die erst im Vorjahr erreungenen Lohnsätze um 4 Pf. pro Stunde erhöht. Auch entließ er einige Kollegen, teils ohne Ründigung, unbedingt wegen Arbeitsmangels. Hierunter befand sich der Vorsitzende des Arbeiterausschusses, obgleich selbiger einer der ältesten Arbeitern im Betriebe war. Da aber zur selben Zeit neue Arbeiter eingestellt wurden, so schien Arbeitsmangel nicht der Entlassungsgrund zu sein. Der Herr Direktor (24 Jahre alt) scheint vielmehr seinem Augenmerk auf die Organisation gerichtet zu haben, denn er machte einigen Kollegen den Vorschlag, aus dem Verbande zu treten, und versprach ihnen Meister- oder Vorarbeiterposten als Belohnung. Alle Versuche des Arbeiterausschusses, sowie der Verbandsleitung, diese Differenzen auf gütlichem Wege zu regeln, scheiterten an der Unrüdigkeit des Herren Direktors. Da die Organisation im Betriebe sehr gut ist, traten die Kollegen nach Ablauf der Ründigung in den Streit. Zugang ist deshalb fernzuhalten.

Korrespondenzen.

Bergedorf. Die Zahlstelle Bergedorf hat im letzten Geschäftsjahr wiederum einen erfreulichen Fortschritt zu verzeichnen. Es ist nicht nur gelungen, den erheblichen Rückgang im 1. Quartal wieder weit zu machen, sondern die Mitgliederzahl noch um 47 zu erhöhen. Am Schluß des Jahres 1908 hatte die Zahlstelle 925 männliche und 120 weibliche, insgesamt 1045 Mitglieder, während am Schluß des Jahres 1909 1253 männliche und 140 weibliche, zusammen 1392 Mitglieder vorhanden waren. An Beiträgen sind im Jahre 1909 insgesamt 67396 gegen 64117 im Jahre 1908 eingegangen. Beeinflußt durch die große Arbeitslosigkeit, besonders im 1. Quartal, war die Motivation auch in diesem Geschäftsjahr groß. Einem Zugang von 452 Mitgliedern steht ein Abgang von 406 Mitgliedern gegenüber; unter letzteren befinden sich 142, die ausgetreten, bzw. ausgeschlossen sind. 298 Mitglieder haben sich nach andern Orten, bzw. auf Wanderschaft abgemeldet, 37 Mit-

glieder sind in andere Verbände übergetreten. Die Jahresabrechnung der Zentralstelle für die Hauptkasse ergibt in Einnahme und Ausgabe 27384,64 Rtl. (1908 25062,80 Rtl.) Unter den Ausgaben für die Centralstelle befinden sich 4658,85 Rtl. für die Arbeitslosenunterstützung, 2351,70 Rtl. im Jahre 1908), an Krankenunterstützung wurden 5489,36 Rtl. ausbezahlt (5730,40 Rtl. im Jahre 1908). Die umfangreiche Tätigkeit der Ortsverwaltung und des Geschäftsführers ergibt sich aus folgendem: An Mitgliederversammlungen am Orte und den der Zentralstelle angegliederten Begräften fanden 29 Heil-Betriebsversammlungen sowie 71, Bieglerversammlungen 9, Betriebs-Delegiertenversammlungen 64 und Sitzungen der Ortsverwaltung 22 abgehalten. Außerdem fanden nach 11 Agitationstouren neu, die besonders der Agitation unter den Biegern dienten. Insgesamt fanden 227 Versammlungen statt, an denen der Geschäftsführer oder Mitglieder der Ortsverwaltung teilnahmen. Lohnbewegungen fanden fünf statt, davon 2 mit einer Lohnsteigerung von 2½ Rtl., 1 mit einer Lohnherabsetzung von 5 Rtl. pro Stunde ohne Arbeitsleistung zudessen. Eine Lohnsteigerung wurde noch vierzehntester Lohn durch Vergleich erreicht.

durch Vermittlung der Organisation wurden 557,48 Mrd. Döhl und das Schwedische Gericht, teils durch die Wettigerichte eingefordert, wobei 198,50 Mrd. in Frage kamen, schweden noch. Ein Urteil bezüglich Gültigkeiten aus dem Döhl- und Wettivertrag mit den Betriebsgenossenschaften, in Steuerangelegenheiten, ließ sich u. a. m. werden im Bureau des Baudienstes ausgefeilt angefordert. Aus vorliegendem geht zur Kenntnis hervor, daß bei der alle Rechte haben, sich ihrer Betriebsorganisation anzunehmen. Haben sie das in der Organisation nicht nur eine Stütze zu bewahren, sondern auch einen Mitebauer in allen Belangen des Betriebes. Ohne die Organisation hätten die Arbeiter manchen Lohn zinsabzahlen müssen.

Am 26. Januar d. J. bildete keine Bahnhofstelle 10jähriges Bestehen zurück. Mit Hilfe des hiesigen Gewerbeausschusses und der Gauleitung des Verbundes wurde die Zahl begründet. Anfangs waren es nur ein paar Kollegen, die die Vorsicht der gewerkschaftlichen Organisation anerkannt und besaßen. Über sie waren tapfere Kollegen, die keine Arbeit im Verband scheuten. Manche davon waren jeden Sonntag auch noch an Wochentagen abends tätig, um unter den vielen Arbeitern Anhänger für den Verband zu gewinnen. Vor Dingen war es der Kollege Sievers, der seit der Gründung abhielt den Posten des Kassierers bekleidet und seine ganze in den Dienst der Sache gestellt hat. So hatte sich in den vier Jahren ein Mitgliederbestand von fast 200 angehäumt. Fanden die Jahre wirtschaftlicher Hochblondunkel, in denen die Zederzahl von Jahr zu Jahr stieg, bis in der letzten Hälfte des Jahres 1907 die Zahl der Kollegen nachhernd 600 betrug. — Differenzen, Lohnbewegungen größerer und kleinerer Art haben in den zehn Jahren häufig stattgefunden; näher darauf einzugehen, wollen wir aus Platzmangel verzichten. Wir kommen zum Bericht über das Geschäftsjahr 1909. Der Mitgliederbestand am Jahresende 608 gegen 499 im Vorjahr. Es neu ein im Laufe des Jahres 90, zugereist, kamen 38, abgetreten sind 72 Kollegen, übergetreten in andre Organisationen, geschlossen wegen zufälliger Beiträge und gestorben zusammen mit 11 Mitgliedern. An Beiträgen sind eingegangen 26 071 Stück im Gesamtwert von 10 580,50 Mk. Hierzu sind an Kranken- und Gewerbsunterstützung um Vereine 3126,90 Mk. und auf der Reise 378,80 Mk. Die Mitglieder bezahlt werden. An den Hauptvorstand wurden zu 4697,59 Mk. Die Volkskasse hatte eine Einnahme mit dem Jahresbestand des Vorjahrs von 6463,75 Mk. und eine Ausgabe von 1962,67 Mk., bleibt Kassenbestand am Schlusse 1909 3901,18 Mk. Vermögend am letzten Sonnabend im Monat haben die Mitgliederversammlungen stattgefunden. Vorstände bildender und wissenschaftlicher Natur sind mehrere gehalten worden. Lohnbewegungen von einer Zeitung haben nicht stattgefunden. Die Agitation, die vom Hauptvorstand angeregt wurde, ist nicht nach unseren Wünschen verlaufen. Im laufenden Jahre hoffen wir noch bessere Erfolge nach Richtung hin zu erzielen. Voraussetzung dafür ist allerdinge vermödliche und unverdrossene Mitarbeit aller Mitglieder.

Gegnerische Gewerkschaften.

Christliche Schriften des ersten Jahrhunderts.

Zwischen dem vorjährigen Streit der Spiegelglasmacher in Berlin, bei dem die christliche Organisation eine so flagrante Rolle gespielt hatte, wurden die Leiter der Bewegung, die Genossen Weiß, Görig und Kirschel von den christlichen Agitatoren in ihrer Presse fortwährend in der gehässigsten und verleumderischsten Weise verdächtigt, bis sie gerichtlichen Schutz in Anspruch nehmen mußten. Die Verteidigung mußte nun in legiter Ausmauer der christlichen "Arbeiter- und Arbeiterszeitung" folgenden Widerruf erlassen:

"In Nr. 20 dieser Zeitung war die Behauptung aufgestellt,
daß der Gewerkschaftsfreitär Weiß in Markredwitz beim Glas-
leiferstreit im Jahre 1906 für seine Dienstleistungen gegen das
Interesse der Arbeiter bei der Firma Rupfer einen Posten ange-
boten erhalten habe, und daß er im Jahre 1908 als Spionage
fürer und Versammlungsarrangeur hervorragend sich betätigt
habe. In der Schöffengerichtsverhandlung am 14. Januar 1911
in Stöhn habe ich mich überzeugt, daß diese Behauptungen der
Gründung entbehren, und negiere sie daher mit dem Ausdruck
Bedauerns zurück.

Der Verleender musste sich außer zu diesem Widerruf auch zu einer sämtlichen Kosten verpflichten.

Das „Bomberger Volksblatt“, ein Zentrumsbüchlein, brachte Mitteilung, daß der dortige Vertrauensmann des (freien) Bauarbeiterverbandes 80 Ml. unterschlagen und für sich verwendet habe; die Sache habe bereits der Staatsanwalt in Händen. Das „Rechtsliebende“ Blatt mußte sich später zu folgendem Bibert erneut:

(Unterne.) Wir haben unter dieser Spitznamen in Nr. 33 des „Volksblatts“ die Nachricht gebracht, daß der Vertrauensmann des zentraldemokratischen Bauhilfsarbeiterverbandes die eingesammelten 80 Ml. für sich verwendet habe und diese der Staatsanwaltschaft angezeigt sei. Diese Nachricht ist in Teilen irrtümlich und unwahr und nehmen wir sie mit dem Druck des Bedauerns zurück.“

Eigl hat schon recht, wenn er von den christlichen Brüdern sagt
„Lügen wie die Teufel und schwärzeln auf Prinzip!“

Das Ende der gelben Herrlichkeit.
Zu den Egelhorfahrradwerken in Brandenburg hatte die Direktion mit Mâhe und Kosten einen gelben Werkverein großgepôppelt; aber die Erzeugnisse der Firma viel in Arbeitertreinen geladen, hatte das organisationsfeindliche Verhalten der Firmen eine Hinderung des Absatzes der Produkte zur Folge. Das hat nun die Direktion veranlaßt, zu erklären, daß sie dem Kavalitionstrechte weiter keine Schwierigkeiten machen und die Bildung solcher Vereine wolle. Sofort, nachdem so der Druck von oben aufgehoben war, zog die gelbe Herrlichkeit. Schon am Tage nach der Klarerung der Direktion traten 121 Arbeiter aus dem gelben Werkverein aus. Nachdem auch noch die Funktionäre des Vereins die gelben verlassen hatten, erklärte der Rest der Mitglieder in einer nûchsten Tag einberufenen Versammlung seinen Austritt. Das ist ein schnelles Sterben des mühsam hinzugepôpplten gelben Kavalitionstrechtes!

Polizei und Gerichte.

§ 156 verpaßte Staatsanklage. Vor dem Strafgericht fand am 23. Februar zum zweiten Male eine Verhandlung statt, weil unser Kollege Storch nach Reinigung des Glaubens gegen den § 153 der S.-O. gefündigt haben soll. Nach Gewissensaufnahme wurde Kollege Storch — auf Antrag des Anwalts — freigesprochen.

Die Ursache der Anklage und die Art des Strafverfahrens zu bestimmen. Das Material zeugt von einem heimlichen und geplünderten Geheimschrein, der wurde in Bewegung gesetzt, um einen unzulässigen Arbeitgeber zu entlarven. Die Mächen dieses berüchtigten Paragraphen zu jungen und bauhohen Verbrechern Organisation eines aufzuhaltenden. Ursache der Klage folgendes Vorlesungsprotokoll: Am 18. Juni v. J. sollten vorabend die Arbeiter der Firma Karl Lüthen, G. m. b. (eine Dampferfabrik), den Kessel reinigen. Da die Arbeit zu 24 Pf. pro Stunde entzündigt werden sollte, obwohl vor Jahren vereinbart wurde, daß Überstunden mit 7 Pf. Lufftdecke Stunde vergütet werden, weigerten sich die Arbeiter, diese Arbeit zu verrichten. Der Arbeiter Welleichall, als der Vorführt der Klage, sprach bedrohlich im Konter vor. Doch dort fühlte ich mein Herz in die Höhe gefallen zu sein, denn er fühlte keine Befriedeitung vor, daß ihn die anderen Arbeiter rügen hätten, ins Konter zu gehen und daß er zufrieden fühlte. Welleichall war auch der erste, der in den Kessel trug, während andere Arbeiter eulassen wurden. Am andern Tag wurde der organisierte Arbeitervon dieses Betriebes eine Beprägung ertragen.

Beilage zum Proletarier.

Nummer 10.

Hannover, 5. März 1910.

19. Jahrg.

Aus der chemischen Industrie. Arbeiterschutz im Reichskaligesetz.

Die im letzten "Proletarier" abgedruckte Zuschrift unsres Kollegen in Westeregeln zeigt, wie stark die chemische Arbeiterschaft Deutschlands an dem vom Reichstag zu beschließenden Reichskaligesetz interessiert ist. An die 50 deutschen Kaliwerke, die am Jahresende 1908 im Betrieb waren, sind zahlreiche chemische Betriebe für Chlor- und Bromerzeugung, sowie zur Herstellung anderer chemischer Stoffe angegeschlossen, und in diesen Betrieben herrscht durchaus die Arbeitsmethode der kalkmäig getrennten Betriebsabteilungen, die wir aus der sonstigen chemischen Industrie kennen. Es herrscht dort auch die Wohlfahrtsslage der chemischen Industrie, d. h. die Fesselung der Arbeiter durch sogenannte Wohlfahrtseinrichtungen, die von Unternehmerschrifsteller ebenso einseitig geprägt werden. So schreibt z. B. Dr. Stoepel in seinem Werk über die deutsche Kaliindustrie (Halle 1904), "daß die einzelnen Werke auf dem Gebiete der Arbeitersfürsorge und -wohlfahrtspflege ihre Pflicht (1) bisher nicht versäumt und häufig mehr getan haben, als diese ihnen gebietet. Die zu den fiktiven Werken in Stuttgart gehörigen Arbeiterwohnungen sind z. B. als mustergültig zu bezeichnen. Die Nachfrage ist denn auch immer eine sehr lebhafte gewesen. Wer Stuttgart und Leopoldshall aus eigener Anschauung näher kennt, wird sich selbst davon überzeugt haben." Ob wohl Dr. Stoepel wirklich diese von ihm so gerühmten Wohlfahrtseinrichtungen "aus eigener Anschauung" gründlich kennt und z. B. in den Werkshäusern als einfacher Arbeiter längere Zeit gewohnt hat? Wir bezweifeln dies sehr lebhaft und trauen deshalb dem Urteil des Kaliarztes nicht sehr weit, zumal wir bald wahrnehmen werden, daß er über die Verhältnisse der Kaliarbeiter überhaupt sehr unvollständig unterrichtet ist.

Jedeballs wären die Interessen unsrer chemischen Kollegen von der Kaliindustrie im Reichstag wieder einmal überhaupt nicht beachtet worden, wenn nicht die Arbeitervertreter gewesen wären. Am 14. und 15. Februar stand dort die sog. erste Lesung des Reichskaligesetzentwurfs statt, dessen weitgehende Profitshügelsbestimmungen im "Proletarier" bereits verschiedentlich kritisiert wurden. Der preußische Handelsminister Sydow war in dieser Beratung natürlich der berufene Verteidiger der Unternehmerinteressen. Von den Arbeitern sagte er buchstäblich nichts weiter, als daß die deutsche Kaliindustrie 30 000 Menschen beschäftige und daß deshalb nicht etwa auch diese Arbeiter, sondern daß der Kapitalprofit durch eine Art staatlicher Zwangorganisation der uneinigen Kapitalisten geschützt werden müsse. Es war Genosse Hué, der am 14. Februar, ohne irgendwelche Unterstützung bei der Regierung oder bei den "christlichen" Parteien zu finden, ausschließen mußte:

"Wenn der Gesetzentwurf hier die Mehrheit finden sollte, dann werden wir dafür sorgen, daß der Reichstag auch vor die Frage gestellt wird, ob dieser Gesetzentwurf nicht auch für die Arbeiter Tarifverträge vorschreiben soll. Will man auf der einen Seite den Unternehmern, den Kapitalisten, eine, dabei hohe, Rente garantieren, dann ist es nicht mehr als recht und billig, daß man den Arbeitern, die in dieser Industrie beschäftigt sind, auch eine ausländische Verwertung ihrer Arbeitskraft garantiert. Wir werden also im entsprechenden Zeitpunkte der Beratung Anträge einbringen, daß der Gesetzentwurf eine Bestimmung vorstelle, wonach die Betriebsgemeinschaft mit den Arbeitersorganisationen Tarifverträge abschließen müßt, worin das Arbeitsverhältnis auf der Basis eines ausständigen und ausländischen Minimallohns geregelt wird. Glauben Sie nur nicht, daß wir diesen Gesetzentwurf aus dem Hause gehen lassen, ohne alles versucht zu haben, um den Interessen der Arbeiter — es sind viele Tausende —, die von der Regierung nicht beachtet worden sind, zu ihrem Rechte zu verhelfen!"

Dann möchte ich auch auf die chemische Industrie hinweisen, die mit der Kaliindustrie zusammenhängt. Was lagen Sie dazu, daß in den außerordentlich eindrücklichen Fabriken von Westerfeld in den bestbezahnten Arbeiter für ihre schwere, gesundheitsgefährliche Tätigkeit nicht einmal 4 M. pro Tag bekommen! (Hört, hört! bei den Soz.) Wir haben gestern auch festgestellt, daß die Arbeiter der außerordentlich rentablen Gesellschaft Westerfeld zum Teil in Wohnungen hausen, wo eine Familie von acht Personen in einem einzigen Zimmer zusammen schlafen muß! Das ist die "nationale" Kaliindustrie, welche wir schützen sollen, deren Profite wir sichern sollen, indem wir den Reichstag zu einer Schachbude herabwürden." (Sehr richtig! bei den Soz.)

Das sind nur einige Sätze aus der sachkundigen und tapferen Rede des Genossen Hué. Sie zeigen, daß wir recht hatten, dem Lobe der Wohlfahrtseinrichtungen bei den Kaliwerken, das Dr. Stoepel anstimmte, nicht zu trauen. Sie zeigen aber auch, was die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag für unsre Kollegen im Kaliwerk zu tun gedacht. Und um sie darin zu unterstützen, soll zu unsern bisherigen Beiträgen noch einiges weitere Material geliefert werden.

Vorerst sollten unsre Vertreter in der Kommissionsberatung des Entwurfs endlich einmal die Beischaffung erschöpfenden amtlichen Materials über die Arbeitsverhältnisse der Kaliindustrie beantragen. Das Zentrum hat für die Kommission bereits einen Antrag gestellt, der alle möglichen Bissen über die Kaliwerke verlangt. Nur um die Arbeiter kümmert es sich in seinen 15 Fragen nicht! Hier können also unsre Abgeordneten sehr gut eingehen. Und sie sollten dabei auf die verbüchtige Geheimtueria hinweisen, mit der auch die Kalikapitalisten immer schon ihre Betriebe umgeben haben. Selbst ihr schriftstellerischer Verteidiger, der obengenannte Dr. Stoepel, schreibt darüber in seinem Buche:

"Besondere Aufmerksamkeit wurde den Arbeitsverhältnissen im Kalibergbau im Sommer 1902 geschenkt. Förderungseinrichtungen und Arbeiterentlassungen ... gaben die Veranlassung der tendenziellen (1) Krise, welche dem großen Publikum, insbesondere der Arbeiterschaft, eine schwere Krise in der Kaliindustrie prophe-

zeiten. Durch diese Angriffe sah sich damals das Direktorium des Kaliunterstützungsvereins zu verschiedenen Gegenmaßnahmen veranlaßt, welche in der "Kunstzeitung" veröffentlicht, jedoch von der Gegenpartei nicht als ausreichend angesehen wurden. Nach fortgesetzten Angriffen wandte sich das obengenannte Blatt an das Direktorium des Kaliunterstützungsvereins mit der Bitte um weiteres Beweismaterial, erhielt jedoch die Antwort, daß dem Wunsche, über die Arbeitsverhältnisse ... genauer Auskunft zu erteilen, oder gar allgemeines Material zu unterbreiten, beim besten Willen (?) nicht entsprochen werden könne. Die Arbeiter und Lohnverhältnisse auf den einzelnen ... Werken seien dem Syndikat nur wenig bekannt, da diese Angelegenheiten als interne der einzelnen Werke zu betrachten seien und sich dem Einflusse und der Kenntnis des Syndikats vollkommen entzögen."

Da haben wir schon damals das beläufige Versteckspielen der Kalikapitalisten mit ihren Arbeitsverhältnissen, dem jetzt endlich ein Ende gemacht werden müßte. Die zuständigen Berg- und Grubeninspektionen wären durch die Regierung zu ersuchen, binnen der nächsten Wochen die nötigsten Angaben über Löhne, Arbeitszeit, Gesundheitsverhältnisse usw. der Kaliarbeiter für die Reichstagskommission zu machen.

Lebzigens bezeichnete es 1904 selbst Dr. Stoepel als "witzenswert", "daß der Ausschuß des Kaliunterstützungsvereins auch der gemeinschaftlichen Aktion in sozialer Hinsicht seine Aufmerksamkeit widmete" und daß diese Kapitalistenorganisation später einmal ihr Augenmerk auf die gemeinsame Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse richteten sollte. Diesen Wünschen entspricht ja nun der vom Genossen Hué angekündigte Antrag unserer Fraktion, im Kali-gegen den Werken und ihrer Betriebsgemeinschaft vorzuschreiben, daß sie mit den Arbeitern Tarifverträge neben Mindestlöhne abschließen müssen. Endess ist diese Vorschrift vielleicht noch zu wenig. Es fragt sich, ob sie nicht mindestens noch zu unterschäben wäre durch einige Bestimmungen, wie wir sie für ähnliche Fälle längst in der Gesetzesgebung anderer Länder finden. Das Kaligesetz wird den Kapitalisten von Reichs wegen ein Riesengeschenk machen und ihnen dauernde und sichere Gewinne gewährleisten. Dann müssen aber die Kaliindustriellen mindestens dieselben sozialen Leistungen aufzulegen bekommen, die jeder Submontant oder Lieferant auf sich nimmt, der heute in einem fortgeschrittenen Staate auch nur lohnende Staatslieferungen übertragen oder Staatsbesitz zeitweilig zur Ausnutzung überlassen bekommt. In Norwegen hat der Staat den großen Zustickstoffwerken, die seine Wasserkräfte auf 99 Jahre pachteten, vorgegeschrieben, daß sie keine fremden Lohnräder beschäftigen und gewisse Arbeiterschutzbestimmungen einhalten müssen. Österreich hat soeben ähnliche Bestimmungen durch Erlass des Handelsministeriums vom 29. Dezember 1909 eingeführt, indem es seinen Lieferanten vorschreibt:

"Die Bewilligung zur Verwendung ausländischer Arbeiter bei der Durchführung staatlicher Arbeiten ist seitens der vergebenden Stelle insbesondere dann zu erwirken, wenn die begründete Vermutung besteht, daß die Heranziehung der ausländischen Arbeiter erfolgen soll, um trotz Vorhandenseins eines ausreichenden Angebots geeigneter inländischer Arbeitskräfte auswärtige Arbeitslöhne oder sonstige ungünstigere Arbeitsbedingungen zu erzielen, als dem für Arbeiten der in Betracht kommenden Art im Inlande bisher üblichen Ausmaße entspricht. Die erwähnte Bewilligung kann auch auf Widerfuß erteilt werden."

Schweizer, belgische und australische Behörden haben schon seit Jahren ihre Lieferanten und Kontrahenten direkt Mindestlöhne, vor allem aber auch die Arbeitszeit (48 Stunden die Woche z. B. in Neusüdwales) für die von ihnen beschäftigten Arbeiter vorgeschrieben. Einige solche Hauptpunkte sollten auch zur direkten Regelung durch das Kaligesetz selbst von unsrem Vertretern in der Kommission beantragt werden. Sie finden reichlich Muster dazu in dem Bericht des I. österreichischen Arbeitsstatistischen Amts über "Arbeiterschutz bei Vergabeung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen" (Wien 1900), sowie in der entsprechenden neueren Veröffentlichung (Nr. 6) des deutschen Reichsstatistischen Amts über "Die Regelung des Arbeitsverhältnisses bei Vergabeung öffentlicher Arbeiten". Und im Reichstag oder in der Regierung wird doch etwa niemand bestreiten wollen, daß die Kalikapitalisten durch das staatliche Zwangsyndikat noch viel Wertvolleres und Dauernderes seitens der Allgemeinheit erhalten, als ein Staatslieferant durch einen einzelnen und vorübergehenden Staatsauftrag.

Ist also die Frage des freien Koalitionsrechts, der Mindestlöhne, der Arbeitszeit und der nötigsten Gesundheitsvorschriften im Kaligesetz selbst geregelt und gesichert für unsre Kollegen von der Kaliindustrie, so kann man alles übrige allerdings Tarifverträgen überlassen, wie sie Genosse Hué vorgegeschlagen hat. Und nun wollen wir einmal beobachten, wie sich Regierung, bürgerliche Parteien und Kalikapitalisten zu solch verhältnismäßig bescheidenen Anträgen der Arbeiter bei einem Schutzgesetz stellen, das ihnen viele Millionen von Profit in den Schoß wirft.

X Chemische Fabrik Pommersdorf.

In der Chemischen Fabrik Pommersdorf läßt der Arbeiterschutz sehr viel zu wünschen übrig. Mögen die Arbeiter dieser oder jener Abteilung in noch so leicht befreidem Maße ihre Wünsche vorbringen, so werden sie entweder brüsk abgewiesen oder von einem zum andern Tag vertrieben. Lassen die Arbeiter durchblättern, daß sie sich eventuell an die Oeffentlichkeit wenden würden, so liegt joch ein zynischer Vorwurf: "Na, je mehr Ihre Partizipanz über mich schwindet, je mehr bin ich bei der Direktion angezeigt." Allo Schimpfen nennt es jener Herr, wenn sich die Arbeiter an die Oeffentlichkeit wenden, um auf diese Art zu ihrem Rechte zu kommen. Und ein solch "beschimpfter" Vorwurf wird dann doch von der Direktion belobigt.

— Trotzdem werden wir uns aber nicht abhalten lassen, alle hygienischen Maßnahmen in diesem Betriebe an die Oeffentlichkeit zu bringen, bis sich endlich Direktion und Vorwurfe aller Grade gezwungen sehen, den Arbeiterschutzvorschriften größere Beachtung zu schenken. Wie die Vorschriften immer gehalten werden und welche Folgen aus der Nichtbeachtung entstehen, davon hier ein Beispiel:

Für die Arbeit im Chrombetrieb besteht die Bundesratsvorschrift, daß den Arbeitern Arbeitsanträge und Rümen geliefert werden

müßen und daß die Sachen auch im Betriebe gereinigt werden sollen. So sind die Vorwürfe! Was geschieht aber? Da hat mal ein Arbeiter seinem Vorgesetzten angeboten, er wolle sich die Hosen selber laufen, slugs ist das auf alle Arbeiter ausgedehnt worden; sie sollen jetzt alle "selber laufen". Mit der Kosfbedeckung wird außerst sparsam umgegangen. Schon lange fehlen hier Mittag für den Betrieb, aber die Leute bekommen keine, sondern werden von dem technischen Leiter von einem Tage zum andern vertrieben. Alles Vorstelligen werden der Arbeiter nicht nichts. Die Anzüge sollen im Betriebe gewaschen werden, was aber auch nicht immer geschieht. Nun haben einige Arbeiter ihre Arbeitsanzüge zum Waschen mit nach Hause genommen. Und was war für die Folge? Dessen Frauen haben sich beim Waschen die Hände wund gerieben und in diese wunden Hände ist nun der Chromtauft hineingebracht; die Frauen sind dadurch schwer erkrankt, weil sie infolge der Unkenntnis nicht sofort Gegenmaßregeln unternommen. Dies alles duldet die Betriebsleitung und unsre Kollegen sind unslug genug, auf diese Art ihrer Direktion Kosten zu ersparen; aber auf Kosten der Gesundheit ihrer Familienangehörigen. Unsre Kollegen sollten ganz energisch auf der Innehaltung der bestehenden Arbeiterschutzvorschriften bestehen und sich nicht gleich abspeisen lassen.

Würden wir aber in Stettin eine Gewerbeinspektion haben, wie wir sie leider nicht haben, so könnten Fälle, wie sie oben geschildert sind, nicht vorkommen. An der Arbeiterschaft der chemischen Industrie wird es liegen, Staat und Gesetzgebung zu fordern, der chemischen Arbeiterschaft größeren Schutz angedeihen zu lassen.

Dieselbe Fabrik bietet billige Arbeitskräfte. Bisher wurden in der Superphosphatabteilung nur ältere Arbeiter beschäftigt und es passierte kein Unglück. Seit einiger Zeit hat sich dies geändert. Die älteren Arbeiter sind verdrängt und dafür jugendliche Arbeiter bei dem Transport von Hängewagen eingesetzt. Sofort passierte auch ein Unglück. Einem jugendlichen Arbeiter fiel ein Hängewagen auf den Fuß, wodurch der Fuß gebrochen wurde. Es geht doch nichts über billige Arbeitskräfte!

X Bitterfeld. Im chemischen Werk Neu-Bitterfeld wird jetzt durch Herrn Direktor Haberland "Sparsamkeit" instofern gelöst, als in mehreren Abteilungen, in denen bisher 3, 4, 5 und 6 Mann beschäftigt wurden, ein Mann weniger beschäftigt wird. Mit welcher Anstrengung nun die Arbeiter arbeiten müssen, kann man sich vorstellen. In andern Abteilungen ist ein Altordigtum eingeführt, das als langamer Mord bezeichnet werden muß. Für 1 Kugel Kohlenfahrt gibt es 3½ Pf., für 1 Kugel Salz ausladen 2 M., für 1 Kugel Kalk ausladen 1,75 M., für 100 Eisenfässer abladen 1,50 M., für 100 Kugel Lauge auswiegeln 2 M., für 100 Kugel Lauge verladen 2 M., für 200 Bentner Chloralkal verladen 50 Pf., für 200 Bentner Chloralkal verwiegen 50 Pf. usw. Wenn die Arbeiter dabei ihren Tagelohn verdienen wollen, müssen sie ihre Kraft bis aufs äußerste anspannen. Es stehen ja auch immer zwei Aufseher dabei. Früher belahlen die Arbeiter für die Arbeiten 36 Pf. Stundentlohn. Die Löhne werden alle 10 Tage abhängigweise gezahlt; die richtige Zahlung erfolgt erst alle 20 Tage (1.). Wenn ein Arbeiter in diesem Betrieb anfängt zu arbeiten und bekommt Stundentlohn, so weiß er überhaupt nicht, was er verdient; bald muß er ein paar Stunden lang eine Arbeit machen, für die es 30 Pf. Stundentlohn gibt, dann wieder für 31 oder 32 Pf. usw. Diese Einzelung sowie die Lohnzahlung bedürfen dringend der Abhilfe. Wie kommt die Firma dazu, den verdienten Lohn des Arbeiters so lange innezuhalten? In einem geordneten Betrieb erfolgt die Lohnzahlung allwöchentlich. Ebenfalls lassen die hygienischen und sanitären Verhältnisse viel zu wünschen übrig. Das Trinkwasser ist nicht zu genießen. Ein Baderaum ist wohl vorhanden; aber wenn sich die Arbeiter mit dem dort verzapften Kohlenwasser baden, sind sie schmutziger als zuvor. Das Wasser wird als "Mistjauche" bezeichnet. Das Werk könnte sehr gut den Anschluß an das Wasserwerk Bitterfeld jagen. Freilich — ehe nicht alle Kollegen zusammenhalten und bei Direktion und Aufsichtsbehörden einig auf Besserung drängen, wird ihnen nichts geschehen werden!

X Greifswald i. Sch. In der Düngersfabrik vom. Köthen, jetzt G. m. b. H., ist ein Feldzug gegen den Verband eröffnet worden. (Wie er vorläufig ausgegangen ist, berichten wir an anderer Stelle des Blattes.) Die Firma hat allerdings Urtrechte, den Verband zu fürchten, denn die Verhältnisse im Betriebe wären bei einer organisierten Arbeiterschaft einfach unmöglich.

Der Lohn beträgt bei der gesundheitserörenden Arbeit 24 Pf. pro Stunde für Männer und 17 Pf. für Frauen. Der Altordigtum beweist sich in ähnlichen Bahnen. Da in dieser Fabrik viel Überstunden gemacht werden — besonders in der Saison —, so vertragt die Firma vor zwei Jahren, die Überstunden mit 7 Pf. Aufschlag zu entzögeln. Ebenso sollte den Altordarbeitem an den Warm- und Schwefelsiebmaschinen für die Säuberung derselben jeden Tag eine Stunde extra entzögeln werden. Diese Versprechungen werden aber nicht gehalten. Trotz dieser Zammerlöne werden für die kleinsten Vergehen hohe Strafen verhängt, welche am Jahresende an die während des ganzen Jahres nicht fast verteil werden. Also eine nochmalige Bestrafung der Bestrafsten.

Bei einigen Minuten zu spät kommt, muß 2 Stunden aussetzen. Auch in hygienischer Beziehung bleibt sehr viel zu wünschen übrig. Es besteht kein Umkleideraum, so daß die schlinden Kleider im Speisesaal an der Wand hängen müssen. Eine Badeanstalt ist auf Veranlassung der Gewerbeinspektion errichtet worden. Da die Arbeiter jedoch erst nach Feierabend baden dürfen, wenn sie kein Wasser und kein Dampf mehr da ist, wird die Einrichtung illusorisch gemacht. Die Kammerwärter, Kessel- und Schwefelsiebrenner dürfen während der ganzen Saison nicht aus ihrem Raum entfernen, haben aber im Arbeitsraum gar keine Waschgelegenheit; sie müssen sich in der Dusche waschen, die von der Säure abgleitet.

Am den Knochen- und Rohrstahlmühlen, wo ein loshalter Staub erzeugt wird, besteht überhaupt keine Ventilation. Ein Säureraum ist wohl eine Ventilation, aber nur zum Schein des Scheitens, da sie garnicht in Funktion gesetzt wird.

Die Behandlung der Arbeiter ist schlecht. Schmeißer und Säumer werden bevorzugt. Herr Elger belegt die Arbeiter mit Namen wie "Hornochsen", "polnische Hammel" usw. Dieser Herr würde in der Bandwirtschaft besser zu gebrauchen sein, wie als Werkmeister. Bären die Arbeiter dieses Betriebes alle organisiert, so müßte sich dieser Grobian seinen Sauerkenton sehr bald abgewöhnen. Die Behandlung und Entlohnung der Arbeiter ist aber auch in den andern Betrieben sehr verbesserungsbedürftig. Die Knechtung und Knebelung der Arbeiter wird erst dann aufhören, wenn sich die letzteren alle unter die Fahne der Organisation gesetzt haben. Der Kampf, den die Gegner aller Schätzungen gegen uns führen, muß uns zur doppelten, energischen Arbeit für den Verband anstrengen. Drum Kollegen, lasst euch nicht deitzen, tut alle eure Pflicht!

X Griesheim. Ein schwerer Unfall — Vergiftung durch nitroso Gas — ereignete sich am 11. Februar im Chlorbenzolbetrieb der chemischen Fabrik Elektron. Der Aufseher Franz Koch beweckte an einem Ritterfessel, daß der Hahn der Zulaufleitung für Benzol zu schließen vergessen war und schloß denselben. Rauen hatte er dem Kessel den Rücken gefehlt, als er auch schon bewußtlos zusammenstürzte; er wurde aus dem Betrieb getragen und niedergelegt. Trotz künstlicher Inhalation mit Sauerstoff lehrte das Sauerstoff nicht zurück, ein Blutsstrom erzeugte sich aus Mund und Nase. Man verbrachte den Verunglückten in das Krankenhaus nach Höchst, wo er schwer danieder liegt.

Dies ist einer der vielen Fälle, die in diejem Betrieb vorkommen; es wird aber, wie bei allen Unfällen, sehr darauf geachtet, daß ja nichts in die Oeffentlichkeit kommt. Da nun das Ritterfessel eine sehr gefährliche Arbeit ist, sollte man glauben, daß die Betriebs-

leistung dieser Arbeit ihre besondere Unverzichtbarkeit zuwende, da ihr wohl bewußt ist, daß ein Mißgriff im Material oder die kleinste Unzufriedenheit in der Behandlung des Fabrikationsprozesses allen Arbeitern des Betriebes das Leben kosten kann; aber auch hier tritt das Profitinteresse in den Vordergrund, und so wird alle Vorsicht außer acht gelassen, um nur möglichst viel herauszuwirtschaften. Wir haben es bei diesen Betriebsvergütungen mit derselben Art Vergütungen zu tun wie bei den Arsenvergütungen in der Parafinoladamin-Fabrikation. Die Nitrierung geht wie folgt vor sich: Es kommt ein gewisses Quantum Nitschäure, bestehend aus Salpeter, Schwefel- und Kochsäure, in den Nitrierkessel und wird langsam Benzol zulaufen lassen, wodurch sich die Masse im Kessel erwärmt; durch Kühlwasserbad wird sie jedoch auf niedrige Temperatur gehalten. Tritt nun im Befüll mit dem Benzol oder des Kühlwassers eine Siedung ein, so daß beides nicht genau reguliert wird, so übersteigt die Wärme die bestimmte Temperatur, wodurch die giftigen Gase entstehen, die um so gefährlicher wirken, je wärmer sie sind, und jede Annäherung ohne direkte Nebengefahr unmöglich machen. Nun müssten, um Vergütungen zu verhindern, vor allen Dingen die Kessel höchstens verschlossen sein, wodurch das Ausströmen der Gase verhindert würde, aber da liegt vieles im Argen, denn sonst lämen, namentlich im Sommer, nicht so viele Vergütungsfälle vor. Die Betriebsleitung möchte aber auch mit ihrer Kreiberei und Reduzierung der Arbeiterzahl — es wird jetzt bei derselben Produktionsfülle kaum noch die Hälfte der Arbeiter gegen früher beschäftigt — aufhören. In diesem Betriebe sind zwei Betriebskrankheiten besonders häufig. Die erste ist die sogenannte Chorkräfte, eine Hautkrankheit, die durch die Einwirkung der nitrosoen Gase auf die Haut entsteht. Diese Krankheit tritt sehr häufig ins Blut über und bleibt dann für den betroffenen Arbeiter ein dauerndes Leiden. Daß dieses Leiden auch ansteckend wirkt, geht daraus hervor, daß es schon bei neu geborenen Kindern konstatiert wurde. Die zweite ist wie beim Parafinoladamin die sogenannte Blasenkrankheit, die hauptsächlich bei den Destillierarbeitern auftritt. Durch das Eindringen der Gase in das Blut werden die Nieren geschädigt, in der Wasserblase bilden sich eiternde Geschwüre, zerfressen die Hoden und die Harnblase. Es gibt in diesem Betrieb zurzeit zwei Arbeiter, denen die Hoden amputiert werden müssen, außerdem machen sich häufiger operative Eingriffe in Blase und Nieren notwendig, die aber den Arbeiter, sofern er die Operation übersteht, unfehlbar zum Invaliden machen.

Heutzutage sind die Arbeiter, wie bei diesem neuen Vergütungsschlag die ärztliche Diagnose lauten wird, jedenfalls darfst du anders laufen, als bei dem Arbeiter Bobus, bei dem seinerzeit — Milbrandvergütung konstatiert wurde, übertragen durch den Stich einer giftigen Fliege. (?) Oder hatte der Aufseher Koch auch zu viel Alkohol genossen, wie gewöhnlich gesagt wird, wenn Arbeiter verunglücken? Daß die Direktion die durchdrückbare Gefahr kennt, zeigt die Tatsache, daß die Arbeiter vor Beginn und nach Beendigung ihreracht Stunden täglich ärztlich untersucht werden; dabei kann man oft den Gesundheitszustand hören: „Der Mann darf heute nicht im Betriebe beschäftigt werden!“ Warum? Weil er von der letzten Schicht noch Gift genug bei sich trägt, was durch das langsame Schlagen des Pulses oder die blauen Ohren und Lippen deutlich genug ausgeht. Bis jetzt waren leider alle Versuche, die Arbeiter zur Organisation zu gewinnen, fast vergeblich, und doch hätten die Arbeiter unter diesen Verhältnissen alle Ursache dazu, sich zusammenzuscharen, um der geradezu entsetzlichen Verwüstung ihrer Gesundheit Einhalt zu tun.

X Ludwigshafen a. Rh. Eine hohe Unsite ist auch in den großen chemischen Betrieben, wie der hiesigen Anilin, eingerissen. Sobald ein Arbeiter in den Betrieben seine gesunden Gliedmaßen eingefangen hat und eine lange Unfallrente bekommt, wird dem betreffenden Arbeiter ganz stigmatisch der Vertrag der Renten am Ende abgezogen. Wie häufig kommt es vor, daß ein Arbeiter in der chemischen Industrie durch jahrelange Tätigkeit an einem bestimmten Apparat sich schwere Verletzungen anrichtet, die ihn selbst als teilweise verhinderter Mensch betrachten, jeden gefundenen Arbeiter an Leistungen zu überstreichen! In solchen Fällen, die in der chemischen Industrie jedwedsfalls lebensfähig zu verzeichnen sind, lassen die reichen Aktionäre einen erheblichen Teil des zu zahlenden Arbeitslohnnes von der Allgemeinheit tragen. Die Kohlenarbeiter der Anilin z. B. sind in Partien zu je 6 Mann eingeteilt. Im ganzen sind es weit über 200 Arbeiter. Jede Gruppe arbeitet für sich, aber der Lohn aller Gruppen wird zusammengelegt und gleichmäßig verteilt. Bei der verschiedenartigen Arbeit und noch verschiedenartiger Entlohnung jedwedsfalls eine vernünftige Regelung, wenn nicht der Pferdeschwanz dabei herausgeschnitten würde. In diesen Gruppen gibt es nun eine ganze Anzahl Unfallverletzte, die Renten beziehen. Von Gewöhnung kann bei dieser schweren Arbeit keine Rede sein, die betreffenden Arbeiter sind in ihrer Erwerbstätigkeit erheblich beschränkt. Die Gemeinschaft muß also, da der Allzoldlohn auf alle gleichmäßig verteilt wird, für die minder Starke eintreten. Der Gehaltslohn, den dort verdient wird, ist also Rollstuhlgewicht, bis er an die einzelnen Arbeiter verteilt ist. Diese Aufgabe der Verteilung hat die Anilin gewissermaßen übernommen, rechnet aber nach der Verteilung für alle Unfallverletzte den vollen Betrag der Rente ab und läßt ihn verstreichen. So das Geld bleibt, ist der Arbeiter unbekannt. — Läßt die Gewerbeinspektion einem solchen Verfahren ruhig zu? Oder wie wäre es einmal mit einer Gruppenlagerung auf Herauszählung des abgezogenen Lohnes beim Gewerbergericht?

X Biedendorf-Geretshausen. Am Sonnabend, dem 19. Februar, erzog sich auf der hiesigen Farbenfabrik vermaltes Friede. Beyer u. So. im Bau 84 eine iß wäre Explosion, die wahrscheinlich ein Feuerstein erfordert. Ein Apparat explodierte mit furchtbarem Gewalt. Später gingen mit den Rauchern durch die Luft, das Dach hoch, und ein erstaunlicher Qualm und Brand machte es kaum möglich, sofort an die Unglücksstelle zu kommen. Leider die Ursache des Unglücks wird die Arbeitergefahrt wohl wieder im dunkeln gelegen werden. Eine der vornehmsten Forderungen der ersten Konferenz der Arbeiter in der chemischen Industrie war, daß auf die Belastung der Arbeiter über die Gefährlichkeit der Produkte bei der Herstellung bei ihrer Bearbeitung ein größeres Gewicht gelegt werden sollte. Der Leiter der Farbenfabrik, Dr. Duisberg, sieht jedoch auf dem Standpunkt, daß gerade diese Belastung das größte Gut für die Arbeiter sei. Er weiß, warum!

Aus der Zement- und Ziegelsindustrie.

Achtung, Zieglerkollegen!

Bei vielen Ziegelerarbeitern besteht noch die Sehlogensucht, d. h. Überträge für die ganze Kampagne abzuschließen. Diese Verträge sind gefährlich, die endet jede Bewegungsfreiheit während des Sommers zu nehmen. Möllen wir aber die nun einzuhaltende höhere Geschäftslage ausnutzen, um unter Lohns- und Arbeitsverhältnissen zu helfen, so muß diese Sehlogensucht bestimmt werden. Mein Kollege neinte deshalb Arbeit zu tun, wenn ihm nicht eine höchstens vierzehntägige Ründigungsschrift eingeräumt wird.

Der Gewerbeverein der Ziegler in Lippe.

II.

Bei der Eröffnung des 12-Stundentags hat der Gewerbeverein eine sehr befriedende Rolle gespielt. Die Bedeutung eines Zuschusses an die Ziegelerbeiter war alles, was er tun kann, weiter welche seine Kraft nicht, im längsten aber er auf die Gnade der Ziegelerbeiter angewiesen. Aber auch diese Gnade hat der Gewerbeverein nicht aus eigener Faust getan, sondern der Gewerbeverein mit den freien Gewerbeverbänden für ihn begonnen. Das bestätigt der Pastor Zeit mit. Wie nämlich nach dem Berichte des Sekretärs der Firma Beyer gegen seiner angeklagten Arbeitnehmern schreibt der Gewerbeverein des Betriebes der Firma Beyer:

Tonindustriellen, dem Dr. Sieboldkorn, angegriffen wurde, beisteht sich der Pastor, in einem Schreiben an den Verband der Tonindustriellen Marburg, daß es ihm fern liege, die Begehrlichkeit der Ziegler zu reizen, und entschuldigte gleichsam den Gewerbeverein, daß dieser so vermeinten war, die Ziegelerbeiter mit dem 12-Stundentag zu belästigen. Er schrieb:

„Doch eine jede Organisation auf Verbesserung der Verhältnisse ausgeht, ist selbstverständlich, täte sie es nicht, so würde sie ja keinen Augenblick den Kampf gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften bestehen können.“

Also nicht die Verbesserung der Verhältnisse selbst, sondern der Kampf mit den freien Gewerkschaften veranlaßte den Gewerbeverein, seine Bittschrift zu versenden. Wäre dieser Kampf nicht, so wäre es dem Gewerbeverein gar nicht eingefallen, um den 12-Stundentag zu bitten, denn dadurch leidet ja auch der Meisterprofit, und der ist dem Gewerbeverein heiligster als die Knochen und die Gesundheit der Ziegler.

Der Pastor hat es natürlich auch nicht unterlassen, die Ziegelerbeiter auf die drohende Gefahr hinzuweisen, der sie entgegengehen, wenn sie die Gewerbevereinsbitte nicht erfüllen. „Ich würde es für verhängnisvoll halten“, schrieb er, „wenn durch schroffe Ablehnung der Bestrebungen des Gewerbevereins der sozialdemokratischen Strömung Agitationen mittel an die Hand gegeben würden.“ Der Pastor befürchtete also, daß bei einer „schroffen“ Ablehnung des Zwölfstundentags die Ziegler sich den freien Gewerkschaften anschließen könnten und die dadurch hergestellte Einigkeit der Ziegler den Besitzern verhängnisvoll werden könnte. Und diesen Mann nennen die Gewerbevereinsleute „Zieglerpastor, der sich um die Zieglerstadt verdient gemacht hat“.

Am besten wird der Gewerbeverein von dem Pastor, also von seinem eigenen Gründer und Generalvorstandsmitglied, charakterisiert, indem er dem Verband der Tonindustriellen schrieb: „Die deutschen Ziegelerbeiter werden mit mir sagen, daß es ein Glück für die Ziegelindustrie ist, daß nicht die sozialdemokratischen Verbände, sondern der Gewerbeverein gezeigt hat.“ Der Gewerbeverein wird hier als ein Glück für die Ziegelindustrie bezeichnet, und das genügt! Die Ziegler haben bis heute von „Glück“ noch nichts verstanden, sie haben auch heute noch die rückständigsten Lohn- und Arbeitsverhältnisse von allen Industriearbeitern. Die Worte des Pastors können also nur dahin gedeutet werden, daß der Gewerbeverein ein Glück für Meister und Besitzer ist, indem er die Uneinigkeit der Ziegler fördert, ihre Aktionsfähigkeit schwächt und so die Ausbeutung der Ziegler aufrecht erhält. Hätten aber die freien Verbände gesiegt, hätten sich die lippischen Ziegler ihnen angeschlossen, so wäre das nach der Ansicht des Pastors kein Glück für Meister und Besitzer gewesen. Mit diesem Zeugnis können wir zufrieden sein, es wird damit anerkannt, daß wir die Arbeiterinteressen energischer vertreten.

Seit 1906 behauptet nun der Gewerbeverein, den Zwölfstundentag „erklärt“ zu haben, und dabei finden sich gerade in den Domänen des Gewerbevereins noch Hunderte von Ziegeleien, in denen 12½ und 18 Stunden gearbeitet wird. Mit dem Einsetzen der Krise in der Kampagne 1908 wurde in zahlreichen Ziegeleien der Unterelbe, der Unterweser und in Rheinland-Westfalen die Arbeitszeit verlängert, sogar von Meistern, die Mitglied des Gewerbevereins sind. Der Gewerbeverein hat aber nirgends Miete gemacht, etwas gegen diese Verschlechterungen zu tun. Ebenso müssen die Brenner im allgemeinen noch täglich 16 und 18 Stunden arbeiten, und der Gewerbeverein hat es noch nicht für notwendig erachtet, auch für diese den Zwölfstundentag zu wünschen, gescheide denn zu erkämpfen. Die Fleißer find es aber, die den Brennern den Zwölfstundentag vorenthalten, und mit denen darf es der Gewerbeverein nicht verderben. Wohl hat er in den letzten drei Jahren fast in jeder Nummer des „Gut Brand“ einen Aufruf erlassen, in dem alle Ziegler aufgefordert werden, der Gewerbevereinsleistung die Ziegeleien nachzuhelfen zu machen, in denen die zwölfstündige Arbeitszeit überschritten werde, damit sie dagegen einschreiten könne. Diese Aufrufe haben sich aber als plumpes Reklamematerial erwiesen, denn obwohl es an derartigen Mitteilungen nicht gemangelt hat, ist der Gewerbeverein auch nicht in einem einzigen Fall „eingeschritten“. Er hat sich lediglich darauf beschränkt, einige Besitzer und Meister im „Gut Brand“ bekannt zu geben, aber nur soweit es Nichtmitglieder waren; Mitglieder blieben, wie die Probe aufs Exempel bewies, von der Veröffentlichung verschont, sie konnten ruhig 18 Stunden arbeiten lassen. Die Veröffentlichungen sind natürlich Humbug; denn so stark ist das Ehrgefühl der Ziegeleienunternehmer noch nicht entwickelt, daß sie sich ihren Profit selbst bescheide, wenn ihr Name in einem Blattchen genannt wird, das — außer in Lippe — vollständig unbekannt ist.

Der Bericht von Bittschriften und die Veröffentlichung im „Gut Brand“ sind also die einzigen Waffen des Gewerbevereins, mit denen er den Ziegeln angeblich eine bessere Erfahrung „erklären“ will. Der Streit ist ihm ein Greuel, denn er ist, wie die Gewerbevereinsbeamten Freiling und Kettmann in einer Versammlung am 16. Februar 1908 in Paderborn betonten, „ein Lebensbedürfnis für die freien Gewerkschaften, die nur von der Ruhe leben, ein zweckloses Bergenden der Arbeitsergebnissen“. Herr Kettmann, ein durch den Militärdienst nach Detmold versetzter Brandenburger, ehemaliger Feuerwehr und Staatsbeamter, fügte dem noch hinzu: „Für die Ziegler ist der Streit Unzinn, für sie ist es besser, die paar Sommerwochen mit Arbeiten als mit Streiken auszufüllen. Durch die Saisonarbeit müssen die Ziegler mit dem aufzufinden sein, was ihnen die Ziegeleibesitzer freiwillig gewähren.“ Diese Aussage, die wie sofort öffentlich festgestellt, wird diesen „Arbeiterfreiem“ nur unzufrieden, denn Herr Kettmann verfügt die Arbeit abzutragen, während er sie im vorjährigen Winter in einer

Reihe von Versammlungen unwidersprochen hinnahm. Zug über auch sein, daß die Ablehnung auf die Gedächtnisschwäche zurückzuführen ist, an der Herr Kettmann leidet, wie er selbst in einer öffentlichen Versammlung in Stegen bei Gladbach am 28. Februar 1909 erzählte. Doch man aber eine solch unverantwortliche Person auf einen solchen Posten stellt, ist unbegreiflich. Allerdings ist es dem Gewerbeverein wohl recht schwer, jemand zu finden, der besser schimpfen kann, und das ist ja bei ihm die Hauptfache.

Die obigen Neuverordnungen über den Streit, die am 16. Februar 1908 gefallen sind, zeigen, daß die Gewerbevereinsbeamten mit Kenntnissen der Arbeiterbewegung nicht überladen sind. Merkwürdig aber ist, daß dieselben Herren einige Stunden später, am 17. Februar 1908, in der Generalversammlung in Detmold einer Streitresolution zustimmten, die besagt, daß in allen Ziegeleien, in denen die Arbeitszeit mehr als zwölf Stunden beträgt oder die Löhne gekürzt werden, gestreikt werden soll. Innerhalb einiger Stunden haben sich diese „Arbeiterführer“ also vom Streitgegner zum Streitbefürworter verwandelt. Diese Wandlungsfähigkeit ist „zu verstehen, wenn man berücksichtigt, daß die fragliche Streitresolution nur eine Scheinresolution war, mit der man Mitgliedsfang treiben und anderseits einen Schutzschluß auf die Meister und Besitzer abgeben wollte, um Verschlechterungen während der Krise zu verhindern. Die Verschlechterungen kamen aber in den Kampagnen 1908 und 1909 massenhaft, die Arbeitszeit wurde verlängert, die Löhne geskürzt, und der Gewerbeverein ließ seine Streitresolution am Nagel hängen, er setzte sie nicht in die Wirklichkeit um; seine Mitglieder mußten die Verschlechterungen schlucken, alle Beteuerungen, daß sie treu zu Kaiser und Reich seien, daß sie christlich und national gesinn sind, waren vergebens. Die einzige Gegenmaßnahme des Gewerbevereins war auch hier wieder die Veröffentlichung eines halben Dutzend Ziegelmüller, die zu billigeren Lohnsätzen angenommen hatten. Durch diese Veröffentlichung will er weitere Unterbietungen durch die Meister verhindert, die von den Ziegeleibesitzern Nordwestdeutschlands beschlossene fünfprozentige Lohnkürzung beseitigt und den Ziegeln auf diese Weise eine Million Mark erungen haben. Diesen „Erfolg“ verkündete er letzten Sommer in großen, fetten Lettern in jeder Nummer des „Gut Brand“, und am Schlusse des Jahres mußte er eingestehen, daß seine marktfeindlichen Bekanntmachungen Schwindel waren, daß die Lohnkürzungen trotz der Veröffentlichung, besonders an der Unterelbe, durchgeführt worden sind.

Im Oktober hat der Gewerbeverein nun wiederum beschlossen, in der Kampagne 1910 aber ganz bestimmt in allen Ziegeleien zu streiken, wo die zwölfstündige Arbeitszeit überschritten oder die Lohnkürzung nicht rückgängig gemacht werde. Diese Bekanntmachung wird sich aber genau wie die Streitresolution nur als Reklame erweisen. Die Gewerbevereinsleute lassen ihr Kriegsgeschrei immer nur im Winter erthben, mit dem Herannahen des Frühlings wird es schwächer und schwächer, um mit dem Beginn der Kampagne ganz zu verstummen. Der Pastor Geiß erklärte ja auch in einer Versammlung in Barntrup: „Ja, wir streiken auch, aber nur im Winter, und zwar dadurch, daß wir die Ziegeleien, die unsern Wünschen nicht nachkommen, durch die Meister boykottieren.“ Die Ziegeleibesitzer werden über einen solchen „Kampf“ herzlich lachen, denn die Schmugelkonkurrenz der Ziegemüller sorgt schon dafür, daß der Boykott ein frommer Wunsch des Pastors bleibt. Aber selbst dann, wenn ein solcher Boykott durchführbar wäre, so würde er doch nur den Ziegemüllern nutzen, nicht aber den Ziegeln, diese sind dann immer wieder von den Ziegemüllern abhängig.

Zusammenschluß der Nürnberger Kalksandsteinfabriken.

Die Kalksandsteinfabriken in der Umgebung von Nürnberg, einschließlich des noch im Bau begriffenen Werkes von Röthenbach bei Lauf, haben sich zu einer Preisvereinigung zusammengetragen. Die Preise konnten infolgedessen auch erhöht werden, und betrugen die Fabriken pro Kuhfass unsortierte Kalksteine vom 1. Januar bis 28. Februar 21 Pf. und von da ab 22 Pf. Unsortierte Hartsteine kosteten 2 Pf., unsortierte Formsteine 10 Pf. und sortierte Steine 5 Pf. pro Kuhfass mehr. Diese Preise sind als Mindestpreise zu Fabrik zu betrachten. Die Aussichten für 1910 werden als günstig bezeichnet, und ist eine weitere Preiserhöhung in Aussicht genommen, die, falls die Bauarbeiterausprägung unterbleibt, im Frühjahr durchgeführt werden soll. — Offenkundlich fällt dabei auch für die Arbeiter etwas ab.

Preiserhöhung der Kalksandsteine.

Aus Stargard in Pommern wird berichtet, daß der Absatz von Kalksteinen durchaus zufriedenstellend sei. Das Hartsteinwerk Lindenberg habe daher volle Bebeschäftigung, ohne daß sich nennenswerte Verträge annehmen. Die Preise hätten infolgedessen auch etwas erhöht werden können. Die Arbeitsverhältnisse werden als gut bezeichnet, und ist eine weitere Preiserhöhung in Aussicht genommen, die, falls die Bauarbeiterausprägung unterbleibt, im Frühjahr durchgeführt werden soll. — Da kann die Firma die Preiserhöhung ja allein einforden!

= Sommerda. In Nr. 49 des „Proletariers“ 1909 beschäftigten wir uns mit den Zuständen in den Betrieben der Firma H. Martini jun., Ziegelsteinfabrik in Sommerda. Diese öffentliche Brandstiftung rücksichtloser Ausbeutung in Form von niedrigen Löhnen, langer Arbeitstag, schlechter Behandlung und Nichtachtung der Vorrichtungen zur Verhütung von Unfällen etc. Seine der Firma ist unangenehm gewesen zu sein. Sie hat jetzt den Zweck der „Arbeiterwohnungen“ im Betriebe unserm hiesigen Kaufmännern mit folgendem „Eintrittskarte“ klar zu machen verübt:

Summerda, 17. Januar 1910.

Einschreiben.

Herrn Paul Müller

Sommerda. Sie wurden am Sonntag in meinen Fabrikräumen engtrossen und unterwarf ich Ihnen hiermit jeden Zurrit in meine Größe, widrigensfalls muß ich Sie wegen Haussiedensbruchs verklagen.

Hochachtend

Da sieht man, wie „zweckmäßig“ es ist, wenn der Kapitalist Arbeitsergebnisse direkt in den Betrieb baut, denn nur der Umstand, daß sich die Wohnung direkt in der Fabrik befinden, mag die Firma dazu berechtigen, mit einer Klage wegen Haussiedensbruchs bei Betreibern der Wohnungen der Arbeiter zu drohen.

Wir allerdings lassen uns bei unserer Organisationsarbeit mit solchen Mitteln nicht einschüchtern. Arbeiter der Firma Martini, hinein in den Fabrikarbeiterverband! Vorwärts trotz allem!